

**Beschlussvorlage**zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

<b>Betreff:</b>	<b>Zuschusserhöhung für Kultureinrichtungen mit steigenden Personalkosten</b>
<b>Bezug:</b>	Vorlage 901i/2010 und Vorlage 543b/2012
<b>Anlagen:</b> 3	Berechnungstabelle Rücknahme Zuschuskürzungen Projekt -10% Tarifierhöhungen der Jahre 2008-2014 (TVöD) Zuschusserhöhungen am dem Haushaltsjahr 2013 - GESAMTSCHAU

**Beschlussantrag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Haushaltsentwurf wie folgt zu ändern

1. Erhöhung der Zuschüsse für Kulturvereine mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprechend Anlage 2 für das Haushaltsjahr 2013.
2. Teilweise Rücknahme der im Haushaltsjahr 2010 beschlossenen Kürzungen für Kulturinstitutionen und Kulturvereine entsprechend Anlage 3.
3. Fortschreibung der im Haushalt 2012 aufgenommenen 10.000 Euro für Projekte der Filmfestivals in den Haushalt 2013.
4. Ermittlung und Einstellung eines Betrags zur Erhöhung von Zuschüssen an Kulturvereine; dazu wird für die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung am 14. März 2013 eine Vorlage zur Verteilung dieser Mittel erstellt.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	<b>HH-Stellen</b>	<b>Jahr 2013</b>
Zuschüsse für steigende Personalkosten	1.3400.7000.000	26.980 €
		<b>Jahr 2013 ff.</b>
- Rücknahme der Kürzungen	1.3400.7000.000	56.860 €
- Fortschreibung Zuschuss Filmfestivals	1.3400.7060.000	10.000 €
- Erhöhung des Zuschussbetrags Kulturvereine	1.3400.7000.000	zu ermitteln

**Ziel:**

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der betreffenden Kulturinstitutionen.

**Begründung:**

1. Anlass / Problemstellung:

a) Mit der Bestandsaufnahme zur Kulturkonzeption und aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion hat die Verwaltung im Frühling 2010 und im November 2011 zwei Umfragen bei den Vereinen und Initiativen durchgeführt, die einen städtischen Zuschuss erhalten. Die Befragung im November 2011 bezog sich speziell auf die Beschäftigungsstruktur. Mit den Umfragen wurden Daten zur Struktur der in den jeweiligen Einrichtungen tätigen Personen (Hauptamtliche, Honorarkräfte, Ehrenamtliche), zur Vergütung der Beschäftigten und zur finanziellen Situation der Zuschussempfänger erhoben. Die Ergebnisse wurden in den jeweils zuständigen Ausschüssen präsentiert (Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung am 22.03.2012 und am 24.05.2012 Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt).

b) Die Diskussion in der Gemeinderatssitzung am 07.01.2013 hat gezeigt, dass alle Fraktionen von der Verwaltung erwarten, die auf das Projekt -10% im Kulturbereich des Haushaltsentwurfs zurückgehenden Kürzungen zurückzunehmen.

c) Ebenso wurde das Anliegen formuliert, die in den Haushalt 2012 aufgenommene Summe von 10.000 Euro Projektzuschuss Tübinger Filmfestivals im Haushalt 2013 fortzuschreiben.

2. Sachstand

a) Im Rahmen der zu erarbeitenden Sozialkonzeption wurden mit der Vorlage 543b/2012 Zuschusserhöhungen für die Bereiche Soziales, Jugend und Gesundheit, Gleichstellung und Integration sowie Bürgerschaftliches Engagement beantragt, um jene Einrichtungen zu unterstützen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge haben. Im Vergleich dazu gibt es im Bereich Kultur wenig Einrichtungen, die Personen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen beschäftigen. Die Einrichtungen jedoch, die auch im Kulturbereich insbesondere nach Tarif bezahlen, geraten mit jeder Tarifierhöhung in finanzielle Engpässe und somit in eine Planungsunsicherheit, zumal es keine vertragliche Bindung der Zuschüsse wie im Bereich Soziales gibt. Hinzukommt, dass der Gemeinderat am 08.11.2010 beschlossen hat, die Zuschüsse im Kulturbereich im Rahmen des Projektes „Minus 10%“ zu kürzen (Vorlage 901i/2010).

Aus der Zusammenfassung des Umfrageergebnisses in der Vorlage 523a/2011 sowie aus den Fragebögen zur Kulturkonzeption wird deutlich, dass im Bereich Kultur hauptsächlich mit Honorarkräften gearbeitet wird. Der Anteil der hauptamtlichen Beschäftigten ist niedrig und der Anteil der ehrenamtlich Tätigen sehr hoch (vgl. Vorlage 102/2012 S. 3).

Dies verdient vollste Anerkennung und verdeutlicht das hohe persönliche Engagement Einzelner. Allerdings birgt dies auch das Risiko, dass die Stadt sich zu sehr auf das

Engagement Einzelner verlässt und finanzielle Engpässe nicht immer ausreichend berücksichtigt (vgl. Vorlage 102/2012). Die Verwaltung sieht hier Handlungsbedarf; sie will auch für den Kulturbereich einen Zuschussmodus erarbeiten, um die Einrichtungen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge anbieten, künftig stärker zu unterstützen. Bei der Berechnung der Zuschusserhöhungen für die Einrichtungen, die feste Angestellte haben, wurden nur die Institutionen berücksichtigt, die sich bei der Befragung zur Beschäftigungsstruktur im November 2011 zurückgemeldet haben (21 von 53).

Aufgrund der Arbeitsstrukturen im Bereich Kultur sieht die Verwaltung jedoch weiteren Handlungsbedarf; es gilt, die besonderen Gegebenheiten der erhöhten Beschäftigung von Honorarkräften oder geringfügig Beschäftigten zu berücksichtigen. Aus diesem Grund befürwortet die Verwaltung, eine zusätzliche Summe bereit zu stellen, um einzelne Vereine und Projekte gerade in diesem Bereich zu unterstützen.

b) Nach der Rezession im Jahr 2009 drohte der Stadt die Verweigerung der Genehmigung des Haushalts durch das Regierungspräsidium. Der Gemeinderat hat sich daher im Jahr 2010 entschlossen, ein Programm zur Reduktion der laufenden Ausgaben um 10% zu verabschieden (Projekt -10%). Davon war der Kulturhaushalt mit ca. 5% bewusst unterdurchschnittlich betroffen. Für die Kulturvereine wurde eine lineare Kürzung um 8% vorgesehen.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2013 durch die Verwaltung galt der Grundsatz, dass Beschlüsse des Gemeinderats zur Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Projekts -10% unverändert umzusetzen sind, wenn dem keine zwingenden sachlichen Gründe entgegenstehen oder der Gemeinderat selbst Abweichungen beschlossen hat. Dafür war die Überlegung leitend, dass eine Rücknahme der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung insgesamt die Stadt trotz Rekordsteuereinnahmen sehr rasch zur Aufnahme von neuen Krediten zwingen würde. Eine teilweise Rücknahme von Kürzungen kann nur mit Gemeinderatsauftrag in Frage kommen, weil die Verwaltung ansonsten keinen Wunsch zur Rücknahme von Kürzungen begründet zurückweisen könnte. Mit vorliegendem Beschlussantrag wird die Verwaltung formell beauftragt, diese Aufgabe zu übernehmen.

c) Im Haushalt 2012 hat der Gemeinderat beschlossen, 10.000 Euro zur Unterstützung der Tübinger Filmfestivalszene einzustellen. Zeitgleich hat die von der Verwaltung beantragte Mediation im Bereich Filmfestivals begonnen, zu der erste Ergebnisse vorliegen. Die Qualität der beantragten Einzelprojekte der einzelnen Filmfestivals (Ausnahme: FrauenWelten, Mittel ohne Projektantrag erhalten) sprechen für eine weitere Unterstützung und Förderung. Im Gemeinderat wurde um eine Fortschreibung des Betrags im Haushalt 2013 gebeten.

### 3. Vorschlag der Verwaltung:

1. In Anlehnung an den Beschlussantrag Bereich Soziales werden die Zuschüsse an Einrichtungen mit sozialpflichtigen Arbeitsverträgen für ein Jahr (2013) erhöht (vgl. Vorlage 543b/2012).
2. Rücknahme der 2010 beschlossenen Kürzungen der Zuschüsse für die Kulturvereine und Kulturinstitutionen um linear 8%, jedoch Beibehaltung der abweichend hiervon mit eigener Begründung beschlossenen Kürzungen von fünf Institutionen (Afro Brasil, Friedensplenum, Kulturnacht, Kulturnetz, Ract!).

3. Änderung des Haushaltsentwurfs 2013 durch Fortschreibung der zusätzlichen Zuschüsse Filmfestivals
4. Ermittlung und Einstellung eines Betrags zur Erhöhung von Zuschüssen an Kulturvereine und Erstellung einer Vorlage zur Verteilung dieser Mittel für die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung am 14.03.2013.

4. Lösungsvarianten:

Die städtischen Zuschüsse werden nicht erhöht. Damit werden die Zuschüsse in ihrer bisherigen Höhe bis zum Vorliegen der Förderrichtlinien im Kulturbereich festgeschrieben.

5. Finanzielle Auswirkung:

1. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Zuschusssumme für Institutionen mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträgen in Höhe von 29.420 Euro gilt für das Jahr 2013.
2. Die Rücknahme der linearen Zuschussskürzungen („Projekt -10%“) verursacht jährliche Mehrausgaben von 56.860 Euro.
3. Die Fortschreibung der zusätzlichen Zuschüsse Filmfestivals bedeuten jährliche Mehrausgaben in Höhe von 10.000 Euro.
4. Die angestrebte Summe zur weiteren Unterstützung der Kulturvereine ist noch nicht bezifferbar.

6. Anlagen:

Anlage 1: Tarifierhöhungen der Jahre 2008 – 2014 (TVöD)

Anlage 2: Zuschusserhöhungen ab dem Haushaltsjahr 2013 – G E S A M T S C H A U

Anlage 3: Berechnungstabelle Rücknahme Zuschussskürzungen Projekt -10%

